

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 3 (1981)
Heft: 9

Artikel: NATO-Strategien
Autor: Ostermann, Ralph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652934>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ralph Ostermann

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs herrscht in Europa Frieden. Der Krieg spielt sich zum Glück in der Dritten Welt ab. Und er ist so wenig im Bewußtsein der Bundesrepublikaner, daß beide großen Parteien ihn zum Wahlkampfthema degradieren konnten. Wenn in der letzten Zeit wieder vom Frieden gesprochen wird, dann nicht aufgrund antimilitaristischer Arbeit politischer Gruppen oder einer starken Friedensbewegung, sondern weil es neben der Entspannung – dem „Spielbein“ – auch ein starkes „Standbein“ geben muß: militärische Stärke. Zusammen heißt das dann Sicherheitspolitik. Aber da wir in einer Demokratie leben, brauchen die Politiker für beides die Zustimmung der Bevölkerung. Wenn auch das Gros der Wähler damit keine Schwierigkeiten hat, weisen Probleme bei den Gelöbnissen, mit dem Traditionserlaß oder den Nachrüstungsbeschlüssen nicht auf Brüche im öffentlichen Bewußtsein? Es gibt, so scheint es, noch Leute, die sich fragen, was denn eigentlich verteidigt werden soll, und sich nicht mit Leerformeln von Frieden und Freiheit abspeisen lassen. Daß sie solch wenig konkrete Antworten bekommen, liegt daran, daß die Rolle der BRD in der NATO und der EG – seltsam fremd – einer Militärstrategie gegenübersteht, für die wir nur Vorfeld sind.

Die BRD in der NATO

Direkt mit der Gründung der Bundeswehr – offiziell am 12. November 1955 – wurde die BRD Mitglied der NATO (5. Mai 1955); seitdem hat sie sich vom kleinen Bruder zum Juniorpartner gemausert. 1955 gab die BRD (in Preisen von 1978) 7.8 Mrd. Dollar für ihre „militärische Sicherheit“ aus; sie bestritt damit ca. 5% der Ausgaben, die die NATO-Staaten insgesamt für ihre Rüstung aufwendeten. Dieser Anteil ist bis 1979 auf über 11% angestiegen, und während die amerikanischen Ausgaben von 1970 bis 1979 um 2,2% sanken, stiegen die der BRD um 2,9% (alles wieder in konstanten Preisen, in laufenden Preisen stiegen die Ausgaben natürlich überall). Wenn die Bundesrepublik die zugesicherte reale Steigerung von 3% auch nicht einhalten kann, so zeigen diese Zahlen doch, daß sich die Rolle der BRD in der NATO verändert hat: vom Care-Paket-Empfänger zur wirtschaftlichen, politischen und militärischen Führungsmacht in Westeuropa. Sie hat nach der Türkei die meisten Soldaten in der europäischen NATO und die meisten Reservisten; nach den USA ist sie die stärkste Macht der NATO. Und doch kann sie sich diese hohen Militärausgaben leisten.

Aber trotz allem – wollen wir Jürgen Brandt, Generalinspekteur der Bundeswehr ernst nehmen: „Die Eingliederung in das Bündnis erlaubte der Bundesrepublik Deutschland auch, freiwillig auf atomare, biologische und chemische Waffen zu verzichten. (...) Vom Boden der Bundesrepublik Deutschland soll kein Krieg ausgehen. Wir bedrohen niemand.“ (Der Auftrag heißt Frieden, 25 Jahre Bundeswehr, Information für die Truppe 11, 1980, S. 5) Sicherlich, die BRD muß in ihrer Außenpolitik besonders vorsichtig sein. Wenn also einige tausend Tonnen Nervengase der Amerikaner in der Bundesrepublik lagern, wenn ca. 7000 Atomsprengköpfe in der BRD stationiert sind, so widerspricht dies weder Brandts Aussage noch geltendem Völkerrecht; die BRD kann es ablehnen, Truppen auf fremdem Boden einzusetzen, wie es Frankreich und Belgien mit ihren Fallschirmspringern in Afrika getan haben. Aber die Drohung militärischen Eingreifens muß glaubwürdig bleiben, und sie ist fester Bestandteil der NATO-Strate-

NATO-Strategien



Das Generalsekretariat der NATO

gie. Die BRD hat andere Machtmittel als nur die militärische Intervention. Sie selbst kann aber auch nur aufgrund der Aufgabenteilung in der NATO darauf verzichten, mit ihr zu drohen.

Die verschiedenen Mittel der Macht

Für die Durchsetzung der Interessen der entwickelten Industrieländer gegen die Entwicklungsländer (vornehm: Nord-Südkonflikt) werden gegenwärtig zwei Wege diskutiert, wie die Bundesrepublik in der NATO ihren Beitrag dazu leisten könnte. Die CDU z.B. fordert bzw. billigt den Weg der Ausweitung des NATO-Gebiets. Bisher beansprucht die NATO neben dem Territorium der Mitgliedstaaten den Nordatlantik bis zum Polarkreis als ihr Operationsgebiet. Aber diesen Anspruch z.B. auf das Nördliche Eismeer, das Mittelmeer oder den Südatlantik auszudehnen hat wenig Realisierungschancen, denn dazu müßte der NATO-Vertrag einstimmig geändert werden. Daher wird die zweite Möglichkeit angegangen: eine neue Aufgabenteilung, bei der die BRD die USA verstärkt entlasten soll, damit diese ihre militärischen Reserven für andere Regionen freimachen kann. Zu diesem Zweck sind schon konkrete Maßnahmen eingeleitet worden.

Die neuen Aufgaben der Bundesmarine

Mitte Juni 1980 beschloß der Bundessicherheitsrat, das Operationsgebiet der Bundesmarine, das bisher durch den 61. Breitengrad nach Norden in Höhe Bergen begrenzt war, ins Europäische Nordmeer bis an die Eismeergrenze auszuweiten. Damit kam die BRD amerikanischen Forderungen entgegen: Bei einer Zuspitzung der Lage in der Golfregion müßten die USA ihre Kriegsschiffe aus Nordatlantik und Europäischem Nordmeer ins Mittelmeer verlegen, um die dort operierende 6. Flotte im Indischen Ozean einzusetzen zu können. Die europäischen Verbündeten müßten daher diese „Lücke“ schließen. Daß die USA an eine gemeinsame Indik-Flotte mit Großbritannien, Frankreich, Italien, Neuseeland und Australien, aber nicht mit Beteiligung der BRD, denken, zeigt, daß auch sie auf Aufgabenteilung setzen.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung des Operationsgebiets der Bundesmarine steht auch der Beschuß des Ministerrates der Westeuropäischen Union WEU vom 21.7.80, alle Beschränkungen für den Kriegsschiffbau in der BRD aufzuheben. Damit wird der Bundesrepublik jetzt erlaubt, Überwasserschiffe mit mehr als 3000 t und U-Boote mit mehr als 1800 t zu bauen. Seit diesem Beschuß drängt dann auch die Marine auf weitere Fregatten vom Typ F122, für die bisher nur eine Ausnahmeregelung getroffen worden war.

Die Türkeihilfe – Intervention ohne Waffen

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Aufgabenzuwachses für die BRD ist die Türkeihilfe. Nachdem der türkische Militärapparat jahrzehntelang von den USA hochgepäppelt wurde, hat nunmehr die BRD diese Aufgabe weitgehend übernommen: Ab 1979 hat sie ihre Militärhilfe von 18-monatlich 100 auf 130 Mio. DM aufgestockt. Zusätzlich bekommt die Türkei in den nächsten Jahren „wegen der internationalen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten“ (Matthöfer) eine einmalige „Rüstungsonderhilfe“ von 600 Mio. DM, von denen eine erste Rate über den Nachtragshaushalt 1980 finanziert worden ist. Schwerpunkte des „Hilfs“programms sind die Modernisierung

der Panzerwaffe und der Marine. Es ist auch nach dem Militärputsch nicht eingestellt worden, denn schließlich ist die NATO laut Artikel 1 ihres Vertrages dazu verpflichtet, „Freiheit“, „Demokratie“ und „Herrschaft des Rechts“ zu verteidigen. Die geostrategische Position der Türkei macht sie hervorragend dazu geeignet, als Sachwalter „westlicher Interessen“ im Krisengebiet des Mittleren Ostens zu fungieren. Hier baut die NATO offensichtlich eine 2. Front auf, an der auch die BRD massiv engagiert ist. Nicht zu vergessen ist auch, daß die Bundesrepublik Stützpunkt der USA für ihre Operationen im Mittleren Osten ist. Aber nicht genug, der ehemalige US-Verteidigungsminister Brown hat bereits gefordert, daß die Bundeswehr Transportflugzeuge für den Einsatz amerikanischer Truppen in Mittelost bereitstellen solle.

Der Zweck heiligt die Mittel

Die obigen Beispiele liegen alle im Bereich konventioneller Rüstung, und sie betreffen das Gebiet der BRD selbst nur indirekt. In der Nuklearstrategie der NATO wird aber deutlich, wie die Militärs und Politiker mit unserem Leben umgehen. Taktische Atomwaffen, d.h. solche, die nicht direkt für Ziele in der Sowjetunion vorgesehen sind, wurden in den Jahren 1953/54 in Europa eingeführt. Unter der Strategie der massiven Vergeltung – „massive retaliation“ – bildeten diese Atomwaffen das Schwert, das unter dem Schild der konventionellen Streitkräfte die Verteidigung sichern sollte.

In den Kriegsbildern des NATO-Manövers Carte-Blanche (1955) werden die Konsequenzen dieser Planung für Deutschland sichtbar: Innerhalb von 48 Stunden war der Einsatz von 335 taktischen Atomwaffen – allein von Seiten der NATO – vorgesehen, davon 268 auf deutschem Gebiet. Geschätztes Resultat: 1,5–1,7 Mio. Tote, 3,5 Mio. Verletzte. Eine UNO-Studie von 1980 kommt bei einem Einsatz taktischer Atomwaffen gegen Panzeraufmärsche, Flughäfen, Raketenstellungen und Kommandozentralen auf noch höhere Zahlen. Durch Einbeziehung der BRD in die NATO offenbarte diese Strategie ein offensichtliches Dilemma – die Zerstörung des Bündnispartners als Mittel zum Zweck der eigenen Verteidigung –, nicht aber seine Lösung.

Dieses Problem fand aber erst dann seinen Niederschlag in einer revidierten Nuklearstrategie, als die Sowjetunion durch die Stationierung von Mittel- und Langstreckenraketen ihrerseits nuklear aufrüstete und dadurch das atomare Patt schuf. Die europäischen Verbündeten der USA – insbesondere die BRD – glaubten und glauben noch, daß bei einem Versagen der Abschreckung in einem anfangs nur konventionellen Krieg in Mitteleuropa der Einsatz amerikanischer Atomwaffen möglicherweise doch nicht erfolgen wird, da die USA in diesem Fall für Europa ihre gesellschaftliche Existenz aufs Spiel setzen müßten. Interesse der USA muß es folgerichtig sein, begrenzte lokale Konflikte – auch in Europa – von einer möglichen totalen nuklearen Eskalation abzukoppeln, um militärisch und politisch handlungsfähig zu bleiben und selbst nicht Opfer sowjetischer Atombomben zu werden.

Die 1967 zur offiziellen Doktrin erhobene Strategie der Flexiblen Reaktion – „flexible response“ – ist eine Folge dieses amerikanischen Interesses.

Hier wird von einer möglichst langen konventionellen Kriegsführung (bis zu 90 Tagen) ausgegangen, mit einer möglichst hohen nuklearen Hemmschwelle. Diese „hegemoniale Definition“ des Einsatzes atomarer Waffen lag aber zu keiner Zeit im Interesse der bundesrepublikanischen Kriegsplaner. Sie laufen ansonsten Gefahr, in einem für die Supermächte lokal begrenzten Krieg völlig vernichtet zu werden. Die bundesdeutsche Doktrin (wie sie z.B. in Schwarz, *Sicherheitspolitik* oder im

Weißbuch des Verteidigungsministeriums zu lesen ist) geht so auch in schöner Deutlichkeit davon aus, daß eine konventionelle Verteidigung Westeuropas nicht sinnvoll möglich ist und es deshalb Ziel jeder Verteidigung sein müsse, jeden größeren Angriff möglichst grenznah in die nukleare Eskalation zu führen. Durch den Ersteinsatz nuklearer Waffen soll so die Glaubwürdigkeit der Abschreckung unter Beweis gestellt werden.

Nukleare Mitwirkung

Die BRD hat versucht, zuerst über die Forderung nach einem Mitbesitz an Atomwaffen und später über eine stärkere Beteiligung an der Einsatzplanung ihre Interessen in der NATO zu artikulieren. Formal läuft diese Einflußnahme über den „Nuklearen Verteidigungsausschuß“ der NATO und über die Nukleare Planungsgruppe. In diesen Gremien wurden 1969 auch die „Verteidigungspolitischen Richtlinien für den defensiven taktischen Ersteinsatz nuklearer Waffen durch die NATO“ festgelegt, die u.a. wesentlich auf einer leider streng geheimen Studie des damaligen deutschen Verteidigungsministers Helmut Schmidt beruhen.

Der Widerspruch zwischen deutschen und amerikanischen Interessen löst sich aber letztendlich doch zugunsten der Amerikaner auf, denn die endgültige Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen liegt beim amerikanischen Präsidenten.

In diesem Zusammenhang – der Gefahr der Abkoppelung amerikanischer Atomwaffen – ist es durchaus wahrscheinlich, daß die Initiative zum Stationierungsbeschuß für die neuen Mittelstreckenwaffen maßgeblich von Kanzler Schmidt ausging, wie er selbst nicht ohne Stolz im Wahlkampf '80 behauptet hatte. Er stieß dabei in Amerika auf offene Ohren, da die Waffen mit ihren technischen Neuerungen besser auf dem Gefechtsfeld eingesetzt werden können und gleichzeitig die Position der Stärke, die Amerika jetzt wieder gegen die Sowjetunion demonstriert, stützen.

Entwicklung der Technik als treibende Kraft?

Diesen Überlegungen zum Trotz werden immer wieder technologische Argumente angeführt, um z.B. die Stationierungsbeschlüsse vom 12. Dezember 1979 für die 572 Raketen und Marschflugkörper zu rechtfertigen. Schließlich lassen sie sich nicht aus militärischen Überlegungen begründen – wenn man sich jedenfalls auf bloße territoriale Verteidigung beschränken wollte.

Als Hauptargument für die Stationierung wird angeführt, daß die Sowjetunion mit der Einführung der neuen SS-20-Raketen eine technologische Überlegenheit über die USA erreicht hätten. Die SS-20 besitzt drei unabhängige steuerbare Sprengköpfe erheblicher Sprengkraft, reicht 5500 km weit, ist auf mobilen Startrampen aufgestellt und wesentlich treffgenauer als alle bisherigen sowjetischen Raketen. Sie sind aber amerikanischen Raketen nur in der Sprengkraft überlegen, da sie bei weitem nicht so treffgenau wie diese sind. Daß aber ein solcher Vergleich ziemlich unsinnig ist, wird dadurch deutlich, daß die Gegner der Nachrüstungsbeschlüsse die gleichen Argumente gegen die Amerikaner benutzen. Mit den Pershing II und den Missiles sei jetzt ein Instrument im Aufbau, mit dem die USA einen Entwaffnungsschlag gegen die UdSSR führen könnten; sie könnten also mit einem Schlag sämtliche sowjetischen Interkontinentalraketen, Bomberbasen und U-Boote vernichten. Man bräuchte sich also nicht zu wundern, wenn die Russen dies als aggressiven Akt auffassen würden. Es sei der technologische Fortschritt, der heute einen Atomkrieg wahrscheinlicher machen würde.

Beide Argumentationen machen meiner Meinung nach den Fehler, daß sie den politischen Willen übersehen, der die Aufrüstung auf beiden Seiten antreibt. In der „*Presidential Directive*“, No. 59, die Carter im Sommer letzten Jahres erlassen hatte, wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß das amerikanische Militär Atomwaffen einsetzen würde: „*In unserer Analyse und Planung befassen wir uns notwendigerweise in stärkerem Maße mit der Frage, wie ein nuklearer Krieg tatsächlich von beiden Seiten geführt werden würde, falls die Abschreckung versagte.*“ (Der damalige Verteidigungsminister Brown in einer Rede vor dem Naval War College in Newport am 20. August 1980, nach: Europa-Archiv, Folge 18/1980, S. D 520) Mit dieser Formel „*If deterrence fails*“ kann jede Politik gerechtfertigt werden, die auf dem Prinzip der Abschreckung beruht. Und dieses erfordert ja gerade den Willen zum Einsatz von Atomwaffen, da sie sonst nicht glaubhaft ist. Technische Argumente sind entweder immer rein ideologisch und apologetisch oder Eingeständnis der eigenen Machtlosigkeit.

Sieg ist möglich oder Atomkrieg wider Willen – nein danke

Die Position der Stärke schlägt sich auch in der Kritik der amerikanischen Strategie der Flexiblen Reaktion nieder, sie lasse keine Handlungsmöglichkeiten, wenn die Abschreckung versagt. Da sie eben nur reagiere, überlasse sie die Initiative der Sowjetunion. Colin S. Gray und Keith Payne formulieren sie und die zeitgemäßen Anforderungen an eine neue Strategie sehr deutlich (in deutscher Übersetzung: *Sieg ist möglich*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12, 1980, S. 1502–1509): „*Wenn die atomare Macht der USA dazu dienen soll, den außenpolitischen Zielen der USA zu dienen, dann müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, rational Atomkrieg zu führen. (...) Die amerikanischen Militärpolitiker neigen immer dazu, einen strategischen Atomkrieg nicht als Krieg zu betrachten, sondern als Holocaust. Der frühere Verteidigungsminister James R. Schlesinger übernahm die Theorie begrenzter nuklearer Optionen [wie sie der taktische Einsatz bedeutet, den wir oben betrachtet haben] (...) als einen Kompromiß zwischen den Optimisten, die eine minimale Abschreckung forderten, und den Pessimisten der sogenannten Überzeugung durch Kriegsführung („war-fighting persuasion“). (...) Mit einiger Verspätung hat die amerikanische Sicherheitspolitik zu verstehen begonnen, daß Flexibilität in der Zielauswahl und begrenzte nukleare Optionen keine Strategie darstellen. (...) Die strategische Zielplanungsdoktrin der USA muß vom ersten bis zum letzten Schlag von einheitlichen politischen Zweckmäßigkeitüberlegungen ausgehen. (...) Die Vereinigten Staaten sollten planen, die Sowjetunion zu besiegen, und dies zu einem Preis, der eine Erholung der USA erlauben würde. Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegs-Weltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen. Es ist unwahrscheinlich, daß ein Atomkrieg ein in sich sinnloses und fatales Ereignis darstellt.*“ Wir sind den Autoren sehr zu Dank verpflichtet, daß sie alle diejenigen eines Besseren belehren, die Angst davor haben, ein Atomkrieg könnte aus Versehen zustande kommen, und glauben, er wäre nur den Gehirnen Verrückter entsprungen. Er ist im politischen Kalkül der Amerikaner. Aber man sollte auch nicht den falschen Schluß ziehen, die Amerikaner wären kriegslüstern; sie wollen den Krieg nicht um seiner selbst willen, und der friedliche Weg der Zerstörung wäre ihnen natürlich auch lieber. Das Ziel ist eben hoch genug, daß es auch ggf. das Leben einiger zehn Millionen Amerikaner wert ist.